

haben, und uns so eine breite Mithilfe zu sichern? Dabei wird es auch möglich und zweckmäßig sein, über die Produktionsaufgaben der örtlichen Industrie zu berichten, was in einigen Gebieten im Verlaufe der Wahlen etwas zu kurz kam; denn noch wissen viel zu wenige, welche Aufgaben den Betrieben der nächsten Umgebung gestellt sind, was sie leisten und wo sie vielleicht auch Hilfe brauchen. Die Ausschüsse der Nationalen Front werden dann zur Lösung ihrer Aufgaben stets auf viele Helfer zurückgreifen können. Sie werden dann auch nicht in Verlegenheit kommen, wenn sie Vorschläge für die Mitarbeit in ständigen Kommissionen und in Aktivs machen sollen.

Unsere Demokratie ist ständig wirksam. Die Kontrolle der Bevölkerung über die Tätigkeit des Abgeordneten sowie regelmäßige Rechenschaft vor seinen Wählern, die Mitarbeit von Hunderttausenden in der Nationalen Front und in vielen beratenden Gremien des Staatsapparats — all das beweist die Überlegenheit unserer sozialistischen Demokratie, die nur den Interessen des Volkes dienen kann. Für unsere Wahlen wurden wirklich die Besten in wochenlanger gründlicher Vorarbeit ausgewählt, um am Wahltag dann die endgültige Bestätigung der Wähler zu erhalten.

Wir sehen, daß es in Westdeutschland anders ist. Dort bestimmt in erster Linie das Aktienpaket, die Zahl der Aufsichtsratssitze oder die Funktion im Ausbeuterstaat die Aufstellung der Kandidaten. Weder wird Rechenschaft über die bisherige Tätigkeit abgelegt, noch ist es möglich, einen Kandidaten auf bestimmte Forderungen und Wünsche der Wähler zu verpflichten. Von einer Auswahl der Besten des deutschen Volkes kann im Bonner Staat der Monopole wahrlich keine Rede sein. Man darf die Frage aufwerfen, ob wohl Kandidaten zum nächsten Bonner Bundestag eine Versammlung vom Charakter unserer Wählerversammlungen oder Wählervertreterkonferenzen durchstehen würden. Sie müßten sich bei uns Fragen und Diskussionen gefallen lassen, denen sie sich im Schutze „westlicher Freiheit“ entziehen können.

Die Diskussionen mit westdeutschen und Westberliner Besuchern unserer Republik verschieben sich immer mehr von Fragen des materiellen Wohlergehens auf Fragen der Demokratie und der Macht im Staate und in der Wirtschaft. Die Schwarzmalerei über das Leben in unserer Republik zieht bei westdeutschen Arbeitern und Bauern immer weniger. Zu viel von ihnen waren schon hier und haben sich davon überzeugen können, wie sich bei uns der materielle Wohlstand entwickelt. Aber die Redakteure und Kommentatoren in Westdeutschland spüren auch; wie sich unsere Aussprachen mit westdeutschen Freunden immer mehr den Kernpunkten nähern, worin sie drüben natürlich besonders empfindlich sind. Da sie Diskussionen über die Machtfrage besonders fürchten müssen, verlegen sie die Schwarzmalerei und das Trommelfeuer der Hetze auf den Arbeiter-und-Bauern-Staat und seinen angeblich undemokratischen Charakter. Aber auch hier sind wir stärker und scheuen keine Auseinandersetzung.

Gerade die Gegenüberstellung zwischen unseren und den westdeutschen Wahlen sollte auch nach dem 23. Juni verstärkt fortgesetzt werden. Entlarven wir den Monopolstaat, in dem die Konzerne die Mandate kaufen und verschieben! Zeigen wir der Bevölkerung Westdeutschlands, was sich hinter den Kulissen des Bonner Wahltheaters abspielt! Die große Aussprache muß weitergehen und über ganz Deutschland ausgedehnt werden.

K.W.